

## Weg vom elitären Duktus

„Einmischung“, war Ziel eines Symposiums, zu dem Berliner Mieterverein, Deutscher Mieterbund und Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) ins „Deutsche Architektur Zentrum“ eingeladen hatten. Wo sonst Architekten und kleine Zirkel von Fachleuten Maßstäbe guter Architektur unter sich aushandeln, sprachen Planer und Bewohner über Maßstäbe und Anforderungen an gute Wohnarchitektur aus Nutzersicht.

Als Hintergrund dieser ungewohnten Form des Qualitätsdialogs skizzierte der Architektursoziologe Harald Bodenschatz eine historisch neue Situation, in der die Nutzer eine „überaus hohe Wohnungswahlfreiheit“ genießen würden. Deshalb funktioniere das „alte Entscheidungsmodell Architekt plus Politiker“ nicht mehr. Trotzdem hat – wie Gerd Billen vom VZBV selbstkritisch bemerkte – die durch Wohnungsknappheit geprägte Vergangenheit Spuren hinterlassen: „Im Ergebnis kennen Verbraucher zwar den Unterschied zwischen einem Stadtjeep, einem E-Klasse-Mercedes und einem Golf“, wüssten aber nur sehr wenig über die „wesentlichen

Qualitätsmerkmale von Wohnungen.“ Der Münchner Florian Lichtblau erinnerte daran, dass bei Umbau und Sanierung bestehender Wohngebäude die Architektenzunft zu sehr „vorgefertigten Lösungen folge gegen Schimmelbildung, kalte Füße und hohe Heizkostenabrechnungen“. Als Alternative umriss Lichtblau das intelligente „Bauen mit der Sonne“, bei dem die Wärmedämmung lediglich einen Baustein eines umfassenden Bauprogramms darstellt, das den globalen Klimaschutz im Auge habe. Eine solche Planung habe durchaus das Zeug zum Exportschlager. Einem anderen deutschen Exportschlager, dem architektonischen Erbe der 20er Jahre, bescheinigte Gerd Kuhn von der Uni Stuttgart wegweisende Architekturösungen, aber auch eine „selbstgefällige Haltung“, an die man heute nicht mehr anknüpfen könne. An welche vergleichsweise stabilen Bedürfnismuster eine gebrauchswertorientierte Wohnarchitektur anknüpfen muss, skizzierte Armin Hentschel mit den Befunden seiner bundesweiten Architekturuntersuchung „Nutzeransichten“. Fallorientiert und anschaulich illustrierte das

anschließende Architekturquartett anhand von drei Berliner Wohngebäuden, wo die Potenziale und die Grenzen eines am Nutzer orientierten Umbauens liegen. Diese verständliche und alltagstaugliche Form der Architekturkritik wur-



de durch den Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, abgerundet. Wer die Baukultur verbessern wolle, müsse vor allem die „Diskussionskultur“ verändern. Diese müsse ihren erzieherischen, autoritären und elitären Duktus verlieren. ah

Über Architekturqualität werden künftig auch die Nutzer mehr mitzureden haben  
Foto: Rolf Schulten

### KLIMASCHUTZRAT

## Den Bock zum Gärtner gemacht?



„Den Energiekonzernen geht es um den Umsatz“: BBU-Chef Burkardt  
Foto: bbu

Die weltweiten Klimaveränderungen beeinflussen die Gesundheit der Menschen in den Städten und stellen auch Berlin vor Probleme. „Klimaschutz ist die Herausforderung für die nächsten Jahre“, verkündete Katrin Lompscher, Berlins Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, bei der Vorstellung des neu berufenen Klimaschutzrates.

Der Klimaschutzrat, bestehend aus 16 Mitgliedern, löst den bislang sogenannten Energiebeirat ab. Senatorin Lompscher erhofft sich von dem neuen Gremium Unterstützung bei der Umsetzung des Landesenergieprogramms zur weiteren Reduzierung

der CO<sub>2</sub>-Emissionen, bei der Erstellung des Energiekonzepts Berlin 2020 und beim Klimafolgenmanagement. Zum Klimaschutzrat gehören zahlreiche hochkarätige Wissenschaftler. Prof. Dr. Edda Müller, Mitglied im Verwaltungsrat der Stiftung Warentest, vertritt beispielsweise die Interessen der Verbraucher. Erstaunlich allerdings ist, dass mit Dr. Andreas Schnauß und Ingrid Dannbeck gleich zwei Vertreter der Energiekonzerne Vattenfall und GASAG im Klimaschutzrat vertreten sind. „Denen geht es vor allem um Umsätze, nicht um Verbraucherschutz“, befürchtet Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer

Wohnungsunternehmen (BBU). Reiner Wild, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, der bisher die Mieterinteressen im Energierat vertrat, plädiert für firmenunabhängige Fachkompetenz im Klimaschutzrat und ist ebenfalls verwundert über die Präsenz der Energieproduzenten. Dr. Marie-Luise Dittmar, Pressesprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, ist anderer Meinung: „Die Energiekonzerne sind dabei, weil sie eine Menge für den Klimaschutz tun.“ Dass sie auch für einen beträchtlichen Teil der Emissionen verantwortlich sind, ist für sie kein Thema. Rainer Bratfisch